

Presse-Information

Kiel, 12. April 2016

Arzneimittel-Ausgaben in Schleswig-Holstein auf Rekordhoch AOK-Chef kritisiert Mondpreise bei neuen Arzneimitteln

Kiel. Die Ausgaben für Arzneimittel haben im vergangenen Jahr in Schleswig-Holstein ein neues Rekordniveau erreicht: So verordneten die niedergelassenen Ärzte für die rund 2,4 Millionen gesetzlich Versicherten Medikamente im Wert von über 1,2 Milliarden Euro und damit über 45 Millionen Euro oder 3,9 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Insgesamt wurden 25,1 Millionen Arzneimittel-Packungen verordnet. Dies teilte heute die AOK NORDWEST auf Basis der aktuellen Statistiken des GKV-Spitzenverbandes mit. „Besonders die Preise neuer patentgeschützter Arzneimittel treiben die Kosten in die Höhe“, sagt AOK-Vorstandsvorsitzender Tom Ackermann. „Das Problem der freien Preisbildung im ersten Jahr nach der Markteinführung verführt die Pharmafirmen dazu, Mondpreise zu verlangen.“

Gegensteuern ist dringend erforderlich. „Gegenüber 2014 hat sich der Ausgabenanstieg zwar verlangsamt, ein Grund für eine Entwarnung ist das jedoch nicht“, so Ackermann. Ohne politische Eingriffe, befürchtet Ackermann, werden die Ausgaben für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) in kurzer Zeit aus dem Ruder laufen und die finanzielle Stabilität des Sozialsystems gefährden. Sorgenkinder sind neuartige Hepatitis-C-Präparate, neue Krebsmedikamente aber auch eine Reihe von angekündigten Innovationen zur dringend benötigten Behandlung von Demenz. „Es kann nicht sein, dass Arzneien zu beliebigen Preisen neu eingeführt werden dürfen und erst nach einem Jahr über eine Preissenkung verhandelt wird. Auch der hohe Forschungs- und Entwicklungsaufwand und der nachgewiesene Zusatznutzen für den Patienten rechtfertigen diese unangemessen hohen Preise nicht“, so Ackermann. Die freie Preisbildung ist laut Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz (AMNOG) im ersten Jahr nach der Zulassung sogar erlaubt. Erst ab dem zweiten Jahr gilt der sogenannte Erstattungsbetrag, den der jeweilige Hersteller und die Krankenkassen auf Basis der Nutzenbewertung aushandeln. Daher fordert AOK-Chef Ackermann die Politik auf, hier Antworten zu finden. Mögliche Ansätze sind Preisobergren-

zen für Arzneimittel und die rückwirkende Geltung des ausgehandelten Erstattungspreises ab dem ersten Tag der Markteinführung. Dabei müssen regionale Vereinbarungen auch weiterhin unbedingt möglich sein. Und auch bei einem nachgewiesenen Zusatznutzen sollten die höheren Preise nicht pauschal bezahlt werden, sondern nur für Anwendungen, bei denen die Patienten tatsächlich profitieren.

„Aber das reicht bei Weitem nicht aus. Wir benötigen dringend ausreichende Regulierungsinstrumente“, fordert Ackermann. Dazu gehört auch, dass das in 2017 auslaufende Preismoratorium und der Herstellerrabatt unbedingt verlängert werden. Allein durch die Aufhebung des Preismoratoriums für Medikamente ohne Patentschutz und Festbetrag würden die Ausgaben der GKV bundesweit schlagartig um Milliarden steigen. Die aktuell von der Pharmaindustrie geforderten verkürzten Zulassungen von Arzneimitteln mit nicht ausreichenden Studienuntersuchungen konterkarieren die gültigen Standards der Arzneimittelsicherheit und gefährden somit das Patientenwohl, kritisiert Ackermann.

Im Durchschnitt bekam 2015 jeder gesetzlich Versicherte in Schleswig-Holstein Arzneimittel für über 501 Euro verordnet. Damit liegt Schleswig-Holstein rund 83 Euro unter dem bundesweiten Wert von 584 Euro. Insgesamt haben die Patienten im vergangenen Jahr Zuzahlungen für Arzneimittel in Höhe von über 75 Millionen Euro geleistet, das sind mehr als 31 Euro je Versicherten.

Gesprächspartner für die Medien

Jens Kuschel, Pressesprecher

Edisonstraße 70, 24145 Kiel

Tel. 0431 605-21171, Mobil 01520 1566136

E-Mail: presse@nw.aok.de